

Vorreiter beim Klimaschutz

11,7 Millionen Euro für kommunale Wärmeplanung und zwei Klimaschutzstellen je Landkreis

(bim/nw). Der niedersächsische Landtag hat mit den Stimmen von SPD und Grünen das neue Klimagesetz des Landes verabschiedet. „Das Klimagesetz ist eines der wichtigsten Gesetze dieser Legislaturperiode. Niedersachsen wird damit beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir wollen, dass das Land, seine Gesellschaft und Wirtschaft nicht erst 2045, sondern schon 2040 klimaneutral sind. Dafür setzen wir uns ehrgeizige Klimaschutzziele“, sagt dazu die Grünen-Landtagsabgeordnete Nadja Weippert aus Tostedt. Herausgekommen sei ein ambitioniertes Klimagesetz für alle Menschen im Land und ganz im Sinne nachfolgender Generationen.

Um wieder auf den Pfad des Klimaabkommens von Paris zu gelangen, haben SPD und Grüne die schärferen Ziele des neuen Klimagesetzes mit zahlreichen Maßnahmen unterfüttert. „Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird jetzt deutlich beschleunigt“, erklärt Weippert. In den kommenden Jahren gehe es darum, die Fläche für Windenergieanlagen zu verdoppeln und auch bei der Nutzung der Solarenergie auf Dächern, über größeren Parkplätzen und bei Freiflächen-Photovoltaik mit großen Schritten voranzukommen.

„Auch die Kommunen bei uns im Landkreis Harburg werden von diesem Gesetz profitieren, denn das Land unterstützt künftig



Grünen-Landtagsabgeordnete
Nadja Weippert

Foto: Sven Brauers

finanziell das kommunale Klimaschutz-Management. Aus guten Plänen soll dann vor Ort möglichst schnell erfolgreicher Klimaschutz entstehen“, sagt die kommunalpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion. Die Städte und Gemeinden erhalten schon vom kommenden Jahr an 11,7 Millionen Euro für ihre Wärmeplanung und die Einrichtung zweier Klimaschutzstellen je Landkreis und kreisfreier Stadt.

Gesetz legt Ziele fest

Das Klimagesetz werde durchgreifende Wirkung erzielen, ist die Grünen-Politikerin überzeugt. Schließlich sei künftig festgelegt, wie, wo und wann die

Klimaschutzziele erreicht werden sollen. „Dieses Klimagesetz bindet Industrie, Gebäude- und Verkehrssektor, aber auch Land- und Forstwirtschaft an ganz konkrete Zwischenziele“, erklärt Weippert.

Eine zweite, wichtige Säule des Klimagesetzes bilde die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. „Die Klimakrise mit höheren Temperaturen und häufigeren Extremwetterereignissen ist längst Realität. Deswegen tragen wir im Gesetz jetzt auch Sorge dafür, dass notwendige Anpassungsmaßnahmen für Mensch und Natur auf den Weg gebracht werden“, erläutert sie. Deswegen werde aus dem früheren Klimaschutzgesetz des Landes jetzt auch das Montag beschlossene Klimagesetz.

NiedersachsenZero fordert Klima-Budget für Kommunen

Nach der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes (NKlimaG) fordert die Organisation NiedersachsenZero ein Klima-Budget für Kommunen, um Klimaschutz in den Kommunen vor Ort umzusetzen. Dazu bedürfe es der gesetzlichen Verankerung von kommunalem Klimaschutz durch:

- mehr Personal,
- schnelle, unbürokratische Finanzierungsmittel,
- weitere kommunale Pflichtaufgaben für den Klimaschutz (sog. Einzelpflichtaufgaben).

Das ist u.a. das Ergebnis der Konferenz „Klimaschutz und Klimaanpassung in Kommunen verankern“ des Klima-Bündnis Deutschland und des

Konvents der Bürgermeister für Klima und Energie Europa. Bisher ist Klimaschutz nur eine freiwillige kommunale Aufgabe, die daher in der aktuellen Haushaltslage der niedersächsischen Kommunen nicht die zur Bewältigung der Klimakrise nötige Bedeutung erhält. Denn für Klimaschutzmaßnahmen stehen den Kommunen vor Ort in der Regel nur wenige und damit nicht ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung. Ein solches Klima-Budget schlägt auch der Deutsche Städtetag vor. Die Landesregierung beschließt im NKlimaG auch die Einsetzung eines Klimarats, bestehend aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Der Klimarat soll jährlich

evaluieren, ob das Land Niedersachsen die eigenen Klimaziele erreicht und weitere Maßnahmen vorschlagen, falls dies nicht der Fall ist. NiedersachsenZero begrüßt die Einrichtung des Klimarats und unterstützt den Vorschlag, neben der Wissenschaft auch zufällig ausgeloste repräsentative Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. „Klimaschutz muss eine Kommune nicht immer viel Geld kosten“, weiß Peter Eckhoff von NiedersachsenZero. Der Buchholzer regt daher an, öffentliche Aufträge nur bei Erfüllung von Klimaschutzkriterien zu vergeben und auch die eigenen Verwaltungsaufgaben unter verbindliche Klimaschutzvorgaben zu stellen.